

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 6, 2021

1. Niedersachsen

1.1. Osnabrück: „Islamkolleg Deutschland e.V.“ eröffnet

Mit einem offiziellen Festakt ist in Osnabrück das „Islamkolleg Deutschland e.V.“ (IKD) eröffnet worden. Unter den Gästen waren unter anderem der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Markus Kerber, der niedersächsische Wissenschaftsminister Björn Thümler (CDU) und Bundespräsident a.D. Christian Wulff, der den Vorsitz des Kuratoriums des IKD übernommen hat.

Alle Redner betonten die Bedeutung der neuen Ausbildungsstätte für Imame und „religiöses Betreuungspersonal“. „Das Ausbildungsprogramm des Islamkollegs ist selbstbewusst deutsch und islamisch im Sinne eines Islam, der in unserer Gesellschaft verwurzelt ist, die Werte unseres Grundgesetzes teilt und die Lebensarten unseres Landes achtet“, sagte Kerber. Die Eröffnung sei ein historischer Tag. Damit beginne etwas, „auf das die deutsche Gesellschaft und vielleicht sogar ein großer Teil der islamischen Welt in Europa lange gewartet hat, nämlich eine wissenschaftlich fundierte verbands- und herkunftsübergreifende deutschsprachige Ausbildung von islamischem religiösem Personal“. Er wünsche sich, dass das Kolleg in die gesamte islamische Welt ausstrahle, so Kerber.

Das Islamkolleg Deutschland ist ein eingetragener Verein, der nach eigenen Angaben „von muslimischen Gemeindeverbänden, TheologInnen, WissenschaftlerInnen und Personen des öffentlichen Lebens“ Ende 2019 gegründet wurde. Zweck ist „die theologisch praktische Ausbildung deutschsprachigen religiösen Betreuungspersonals für die hiesigen Moscheegemeinden.“ Gründungsmitglieder des IKD sind die islamischen Verbände „Bündnis Malikitischer Gemeinden Deutschland“, „Muslime in Niedersachsen“, „Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland“, „Zentralrat der Marokkaner“ und der „Zentralrat der Muslime in Deutschland“. Vereinsvorsitzende sind der Theologe Esnaf Begić und der Sozialpädagoge Samy Charchira. Der Bund und das Land Niedersachsen finanzieren das IKD mit einer Summe von insgesamt 5,5 Millionen Euro für zunächst fünf Jahre. Staatssekretär Kerber betonte, damit werde lediglich der organisatorische Rahmen sichergestellt. Für die religiösen Inhalte seien allein die beteiligten islamischen Verbände zuständig.

Wissenschaftsminister Thümler sagte, es sei erfreulich, „dass wir jetzt endlich mutige Schritte gehen, um die religiöse Vielfalt auf der Grundlage unserer Verfassung zu ermöglichen“. Mit Blick auf die nicht unumstrittenen Finanzhilfen unterstrich er, der Staat dürfe „seine helfende Hand“ diesem Projekt nicht entziehen. Damit sei das Anerkenntnis des Staates verbunden, dass die muslimische „Religionsausübung für uns einen echten Mehrwert darstellt“.

Bundespräsident a.D. Wulff bezeichnete das Islamkolleg als „eine großartige Sache“. Es sei „ein wichtiger und notwendiger Baustein in dem Gesamtkonzept der vollen Gleichberechtigung der Muslime in unserem Land“. Es werde von den Muslimen auch genau so verstanden.

Der wissenschaftliche Direktor des Kollegs, Bülent Uçar, äußerte sich zuversichtlich, dass das Islamkolleg „einen bedeutsamen Innovationsschub für hiesige muslimische Gemeinden bewirken“ könne. Er hoffe, dass die Akzeptanz in den Gemeinden auf Dauer wachsen werde, so dass die nationale Herkunft der Imame und Moscheegemeinden langfristig keine so große Rolle mehr spielen werde. „Der Islam wird sich in Deutschland so entwickeln, dass wir von deutschen Muslimen sprechen, die unterschiedlich geprägt sind.“ Uçar betonte, dass auch Frauen ausgebildet würden, auch wenn nicht ausdrücklich von „Imaminnen“ gesprochen werde. Darüber, in welchen Bereichen die Absolventinnen später eingesetzt würden, müssten die Moscheegemeinden entscheiden.

Die zweijährige Ausbildung des Islamkollegs umfasst sieben Module: Predigtlehre, Koranrezitation, Seelsorge, Politische Bildung, Gottesdienstliche Praktiken, Gemeindepädagogik und Soziale Arbeit. Der erste Ausbildungsjahrgang besteht den Angaben zufolge aus 18 Kollegiatinnen und Kollegiaten. Weitere 37 nehmen an einzelnen Modulen und der in einigen Monaten beginnenden Seelsorgeausbildung teil ([mehr](#)).

Die Gründungsvorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes, Lamyia Kaddor, sagte, das Islamkolleg sei tatsächlich ein „Meilenstein“. Es könne dazu beitragen, das muslimische Leben in Deutschland besser zu verankern und der Islamfeindlichkeit entgegenzuwirken. Zugleich kritisierte sie, das Kolleg bekenne sich nicht eindeutig zum Amt der Imamin, sondern spreche stattdessen lieber allgemein von „religiösem Betreuungspersonal“, um die Akzeptanz in den Moscheen nicht zu gefährden. Dabei gebe es theologisch überhaupt keinen Grund, Frauen das Amt der Imamin vorzuenthalten. Selbst in konservativen Moscheegemeinden könnten Frauen zumindest die Gebete für Frauen anleiten und vor Frauen predigen. „Ich bin sicher, wenn man eine Umfrage unter muslimischen Frauen starten würde, würde sich eine deutliche Mehrheit Imaminnen wünschen.“ Es seien die traditionell-patriarchalischen Strukturen, die das weitgehend verhinderten, so Kaddor ([mehr](#)).

1.2. Was sonst noch war

– Universität Osnabrück: Forschungsprojekt „Muslimische Gefängnisseelsorge professionalisieren“ abgeschlossen ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Bundesinnenminister Seehofer beruft Expertenkreis zum politischen Islamismus

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hat einen „Expertenkreis zum politischen Islamismus“ einberufen. „Wir müssen entschlossen gegen jede Ideologie vorgehen, die sich gegen die Werte und Normen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung richtet. Es ist wichtig, dass nicht nur gewalttätige Formen von Extremismus, sondern auch solche, die sich ideologischer Mittel bedienen, als Gefahr für die Werte unseres Landes erkannt und identifiziert werden. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die neben den Sicherheitsbehörden viele staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen fordert“, sagte Seehofer.

Der Expertenkreis wird für die Dauer eines Jahres eingerichtet. Er besteht nach Angaben des Innenministeriums aus zehn Personen aus den Fachbereichen Islamwissenschaft, Islamische Theologie, Öffentliches Recht, Politik- und Sozialwissenschaft. Der Expertenkreis werde „aktuelle und sich wandelnde Erscheinungen des politischen Islamismus aus wissenschaftlicher Perspektive analysieren und Handlungsempfehlungen entwickeln, die die sicherheitsbehördlichen Maßnahmen um gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Ansätze ergänzen sollen“, hieß es. Außerdem sollten bestehende Lücken in der wissenschaftlichen Bearbeitung identifiziert werden.

Am Expertenkreis nehmen fünf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler teil, die im Herbst 2020 den Aufruf „Stoppen wir den politischen Islam!“ unterstützt hatten (Gülden Hennemann, Mouhanad Khorchide, Ruud Koopmans, Susanne Schröter, Kyrill-Alexander Schwarz; s. Mitteilungen 11/2020, S. 2–3). Darüber hinaus berufen wurden Naika Foroutan, Michael Kiefer, Stefan Koriath und Gudrun Krämer sowie je ein Vertreter der Forschungsstellen beim Bundeskriminalamt und beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ([mehr](#)).

2.2. Kritik an Beteiligung der DITIB am Religionsunterricht in NRW hält an

Die Kritik an der Einbindung der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) in die Gestaltung des Islamischen Religionsunterrichts in Nordrhein-Westfalen (s. Mitteilungen 5/2021, S. 2–3) hält an.

Die Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER) erklärte, der Umgang der Behörden und der Politik mit dem Verband sei nach wie vor „zu naiv“. „Gerade nachdem sich in Deutschland eine neue Welle von Antisemitismus und Israel-Hass vor allem innerhalb der muslimischen Gemeinde entladen hat, hätte ich mir von der NRW-Landesregierung mehr Sensibilität in dieser Frage gewünscht“, sagte der CER-Präsident und Oberrabbiner von Moskau, Pinchas Goldschmidt. Der Umgang mit Organisationen wie DITIB, „die immer noch wenig bis gar nichts tun, um Spaltung, Hass und Antisemitismus zu bekämpfen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die Integration von Muslimen zu fördern“, müsse ein anderer werden. Die Kultuspolitik dürfe sich nicht als „Steigbügelhalter für falsche Narrative des Nahostkonflikts und Antisemitismus missbrauchen lassen“ ([mehr](#)).

Der Grünen-Politiker Cem Özdemir sagte in einem Podcast des Kölner Stadt-Anzeigers und des Redaktionsnetzwerks Deutschland, es sei „weltfremd“, wenn sich die Landesregierung auf Zusagen verlasse, dass DITIB-NRW künftig unabhängig vom türkischen Staat agieren werde. „Das kann nicht sein, dass es das letzte Wort ist, dass DITIB und Milli Görüs in NRW in die Schulen kommen. Wir Grüne haben da in der Vergangenheit auch Fehler gemacht, aber das ist doch kein Grund, die Fehler jetzt von Seiten der CDU und der FDP zu wiederholen“ ([mehr](#)). „Ich könnte vor Wut explodieren und verstehe die Naivität nicht“, so Özdemir ([mehr](#)).

DITIB-NRW wies die Kritik in einer ausführlichen Stellungnahme „aufs Schärfste“ zurück. Die Kritiker redeten eine „vermeintliche Einflussnahme von ausländischen Staaten herbei, die es zu keinem Zeitpunkt gab und auch nicht geben“ werde. Zu beobachten sei ein eskalierendes „politisch und medial polarisiertes Schauspiel“. Dem hätten sich „ehemalige wie aktuelle Bundestagsabgeordnete und Kandidaten der Skandalisierung“ in einer „fragwürdig populistisch durchzogenen Manier“ angeschlossen ([mehr](#)).

2.3. Kritik an offen antisemitischen Äußerungen bei DITIB und Diyanet

Erneut sind aus dem Umkreis des türkischen Religionsministeriums Diyanet und der deutschen DITIB offen antisemitische Äußerungen bekannt geworden.

Nach einer Recherche des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) hat der Imam der DITIB-Moschee in Stuttgart-Feuerbach, Hasan Caglayan, in einem Social-Media-Post einen Gründer und ehemaligen geistigen Führer der Terrororganisation Hamas als großes Vorbild für Muslime gelobt. Scheich

Ahmad Yasin sei einer von „fünf schönen Menschen“ mit „Botschaften und Lehren für all jene, denen die Sache um Jerusalem wichtig ist“, habe er in einem mittlerweile gelöschten Post vom 18. April geschrieben. „Wenn ihr Jerusalem wollt, dann gibt es keine Ausreden und Hindernisse“. Yasin war verantwortlich für zahlreiche Selbstmordattentate. Das israelische Militär tötete ihn im März 2004. Nach einer Anfrage des RND löschte Caglayan den Post und deaktivierte wenig später sein Facebook-Profil. Auf die Frage, warum er den geistigen Führer einer Terrororganisation für lobenswert hält, antwortete er nach Darstellung des RND nicht. Auch Ditib habe die Frage, ob die Äußerung der Position des Moscheeverbands entspricht, unbeantwortet gelassen ([mehr](#)).

Im Zusammenhang mit den kriegerischen Auseinandersetzungen in Gaza und Israel erklärte der Aufsichtsratsvorsitzende des DITIB-Bundesverbands, Ali Erbaş, die Verfolgung durch den „terroristischen Staat Israel“ und „die Tyrannei von Israel, dem Babymörder, der Gotteshäuser gnadenlos zerstört und vernichtet“, müsse „so schnell wie möglich gestoppt werden“. Erbaş ist zugleich Präsident des türkischen Präsidiums für Religionsangelegenheiten (Diyanet) ([mehr](#)).

Im selben Zusammenhang veröffentlichte Diyanet eine für die Türkei bestimmte, aber ins Deutsche übersetzte Freitagspredigt, in der die Rede davon ist, Israel ernähre sich von „Blut und Tränen“. Wörtlich heißt es: „Die Tyrannen, welche die Rechte und das Gesetz nicht anerkennen, lassen Bomben auf das unterdrückte palästinensische Volk regnen, egal ob es Kinder, alte Menschen oder Frauen sind. Mörder töten unsere unschuldigen palästinensischen Geschwister vor den Augen der Welt. Diejenigen, die sich von Blut und Tränen ernähren, vertreiben die Muslime in und um Jerusalem mit Druck und Gewalt aus ihren Häusern und nehmen ihnen das Recht auf Leben“ ([mehr](#)).

Der ehemalige Ditib-Syndikusanwalt und Blogger Murat Kayman sagte dazu in der Reihe „Religionen im Gespräch“, in diesen Erklärungen und Predigten der obersten türkischen Religionsbehörde sei „ein ganz bewusstes Spiel mit antisemitischen Narrativen“ wie etwa der Legende vom jüdischen Ritualmord an kleinen Kindern zu beobachten. Die türkischen Beamten im Ditib-Bundesverband seien aus vielen Gründen außerstande, sich dem entgegenzusetzen. Es sei nur eine Frage der Zeit und der Interessenlage, „wann diese Rhetorik auch nach Deutschland überschwappt“ ([mehr](#)).

2.4. Was sonst noch war

- Bundesweites Meldeportal zur Erfassung antimuslimischer Übergriffe startet ([mehr](#))
- Hamburg: Empörung über antisemitische Demonstration auf dem Steindamm ([mehr](#))
- Stuttgart: Keine Lehrerlaubnis für Islamwissenschaftler Ourghi durch die Stiftung Sunnitischer Schularat? ([mehr](#))
- Köln: DITIB-Bundesverband wählt die Theologen Kazım Türkmen, Ahmet Dilek und Abdurrahman Atasoy erneut in den Vorstand; Ali Erbaş, Aufsichtsratsvorsitzender der Ditib und Präsident der Diyanet, leitet die Versammlung und spricht ein Grußwort ([mehr](#))
- Köln: Streit um Kalligraphie in der DITIB-Zentralmoschee ([mehr](#))
- Zsolt Balla als erster Militärrabbiner der Bundeswehr eingeführt ([mehr](#))
- Studie der Universität Münster in vier Ländern (Deutschland, Frankreich, Polen, Schweden): „ein substantieller Teil der Bevölkerung“ spaltet sich in zwei Lager: „Entdecker“ und „Verteidiger“ ([mehr](#))
- Österreich: Dokumentationsstelle Politischer Islam legt Grundlagenberichte zu vier muslimischen Verbänden bzw. Strömungen vor (IGMG, ATIB, Muslimbruderschaft, Graue Wölfe; [mehr](#))
- Antisemitismusprävention: „Jerusalem Declaration on Antisemitism“ legt neue Definition und Richtlinien zur Bestimmung von „Antisemitismus“ vor ([mehr](#); die Deklaration [hier](#); Kritik [hier](#)).

3. Video

Antisemitismus unter Muslimen – wie verbreitet ist er?

Religionen im Gespräch

Gast: Murat Kayman, Jurist, Blogger, Köln

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

4. Literatur: Neuerscheinungen

Eugen-Biser-Stiftung (Hg.), Dialogwerkstatt. Der interreligiöse Dialog als Weg für ein gelingendes Zusammenleben [München 2021] ([hier](#))

L. Tezcan, Die Subjekte der Islampolitik. Beiträge zu einer Soziologie des Islams, Wiesbaden 2021.

Hannover, den 25.6.2021

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.